

Weiterbauen am zivilisatorischen Projekt

Oder: Wer über Globalisierung spricht, darf über Naturzerstörung nicht schweigen



Prof. Dr. Harald Welzer ist Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit, Berlin
© vhw

Ich möchte zunächst thematisch an das gestrige Panel »Lob der Grenzen« mit Wolfgang Merkel anknüpfen. Ich war etwas bestürzt darüber, wie sehr in seinem Vortrag unklar blieb, wer denn die Problemgruppen in unserer Gesellschaft konkret sind. Das war empirisch völlig unspezifisch. Das Einzige, was sicher schien: Auf jeden Fall Unterschicht und auf jeden Fall nicht in hier im Raum. Die zugrundeliegende Haltung, chronisch davon auszugehen, dass die Probleme »da draußen« sind und sich in der Haltung des desengagierten Beobachters gut zu fühlen, können wir uns aus meiner Sicht nicht mehr leisten. So etwas geht, wenn die Demokratie gemächlich und unangegriffen vor sich hin funktioniert, aber es geht nicht, wenn sie angegriffen wird.

Denn wenn wir über Gruppen sprechen, die gegen eine kulturpolitische Modernisierung opponieren, wie sie hier thematisch wird, geht es ja keineswegs um Unterschichten. Das Spektrum reicht vom bayerischen Ministerpräsidenten bis zu den meist jugendlichen Identitären, und die Vordenker der Neurechten sind selbstverständlich Angehörige der Eliten. Ich darf hier an die Diskussion von 2011 um das Buch von Thilo Sarrazin erinnern. Die Qualitätspresse dieses Landes war sich nicht zu schade dafür, dessen wissenschaftlich dilettantische und im Kern rassistische Darlegung so lange zu diskutieren, bis »Deutschland schafft sich ab« das bestverkaufte Sachbuch der Nachkriegsgeschichte war. Man ließ das so dahin gehen, und das war höchst fahrlässig. Man sieht es etwa an der Spätfolge der damaligen Wiedereinführung von rassistischen Kategorien in den öffentlichen Diskurs: nämlich dem Referendum pro Erdogan, das gerade hier in der Bundesrepublik erfolgreich war – weil viele der Türkischstämmigen, die bis dahin gedacht hatten, »integriert« zu sein, sich nun plötzlich mit Begriffen wie »Kopftuchmädchen« konfrontiert und pauschal diskriminiert sahen.

Repolitisierung

Und damit komme ich gleich zum entscheidenden Punkt: Welche politische Haltung muss ich denn als Akteur in der Demokratie entwickeln, wenn sie

zunehmend – auch, aber nicht nur durch Brandstifter wie Sarrazin – angegriffen wird? Thomas Krüger hat es genauso betont wie Martin Roth: Wir brauchen in solch einer Situation eine Repolitisierung der im weitesten Sinne intellektuellen, kulturschaffenden und kulturpolitischen Eliten, also unserer selbst.

Die Angriffe auf die Demokratie gehen übrigens keineswegs nur von neurechten Bewegungen aus. Auch die Digitalisierung hat erheblichen Einfluss auf die sozialen Verfasstheiten und Mentalitäten in unserer Gesellschaft: Sie bringt eine radikale Vereinzelung mit sich, und die ist für die Demokratie ein Problem, lebt sie doch von dem sicheren Gefühl der Gesellschaftsmitglieder, zusammen mit den verschiedenen Anderen, die diese Gesellschaft bilden, an einem Gemeinsamen teilzuhaben und dieses auch mitzugestalten. Anlässe für notwendige Vergemeinschaftungen sind aber in der Welt der Echokammern und Filterblasen tendenziell verschwunden, und es ist eine kulturpolitische Aufgabe, sie wieder zu schaffen.

Zu diesen kulturpolitischen Aufgaben gehört es auch, neue Anschlussmöglichkeiten in der Lebenswelt zu suchen. Die wichtigste kulturpolitische Intervention in diesem Land hat am 27. Mai 2016 in Berlin stattgefunden, und zwar im Olympiastadion, im Pokalfinale. 75.000 Menschen haben in der Halbzeitpause Helene Fischer ausgepfeift. Das meine ich nicht als Scherz, sondern das war eine manifeste Opposition gegen die Vermarktlichung auch noch der letzten offenen Poren öffentlicher Veranstaltungen. Man hat demonstriert: »Diese Werbeveranstaltung wollen wir hier nicht haben.« Und das ist eine ziemlich gute Reaktion, wie wir sie an vielen anderen Stellen sehr vermissen. Zum Beispiel dort, wo in der Fernsehübertragung das Pfeifkonzert technisch unterdrückt wurde. Und offenbar fand es im gebührenfinanzierten öffentlichen Fernsehen auch niemand übergriffig, dass die Tagesthemen wegen dieses penetranten Werbeblocks nochmals verkürzt wurden. Das gehobene Feuilleton fand auch nichts dabei. Das ist nicht nur ein Versagen der Deutungseliten,

Bei dem Text handelt es sich um den überarbeiteten Vortrag des Autors auf dem Panel 5 »Nach uns die Zukunft. Perspektiven der Zivilgesellschaft und der kulturellen Demokratie« auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress am 16. Juni 2017 in Berlin



Blick auf das Podium des Panels 5 »Nach uns die Zukunft«. V.l.n.r.: Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e.V., Berlin), Amelie Deuflhard (Intendantin der Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH, Hamburg), Prof. Dr. Julia Lehner (Berufsmäßige Stadträtin, Kulturdezernentin der Stadt Nürnberg, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft) und Prof. Dr. Harald Welzer (Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit, Berlin)
Foto: Sandra Grigentin-Krämer

sondern auch ein Übersehen der vorhandenen Resistenzen gegen kulturindustrielle Übergriffe, die ja für eine erfolgreiche Kulturpolitik allererst zur Kenntnis zu nehmen sind: Schließlich braucht sie ja Verbündete.

Kultur als Entwicklung und Verfeinerung von Überlebensstrategien

Es ist hier von Kosmopolitismus in unterschiedlichen Spielformen gesprochen worden. Mir scheint, es gibt in der Tat einen real existierenden Kosmopolitismus – und das ist der Kosmopolitismus des Konsums. Heute wird ein Mercedes nach asiatischen Geschmacksvorstellungen designt und kriegt deshalb Swarovski-Kristalle in den Kühlergrill. Die globale Gleichförmigkeit der Formensprache gilt ebenso für die Architektur wie für die Mode wie für den Film, und ganz besonders für die völlig korrupt gewordene internationale Großkunst, dieser Avantgarde des merkantilen Opportunismus.

Wir sehen also die konsumistische Überformung der Lebenswelt nach globalen Geschmackswerten, die ihrerseits kulturindustriell präformiert worden sind. Die Kehrseite davon ist ein Kosmopolitismus der Zerstörung, denn immer mehr Konsum erfordert immer mehr Material und immer mehr Energie und produziert immer mehr Müll und immer mehr Emissionen. Daraus folgen zwei Fragen: Erstens die, ob die Verhinderung der Zerstörung der Welt eine kulturpolitische Aufgabe ist, was ich deswegen deutlich bejahen würde, weil Kultur in einem anthropologischen Sinn nichts anderes als die Entwicklung und Verfeinerung von Überlebensstrategien ist. Zweitens: Was bedeutet es denn eigentlich, wenn auf der Ebene des materiellen Konsums, der materiellen Produktion und auch

der Reproduktion ein kosmopolitisches Kulturprogramm implementiert wird, das weder Gegenstand der Reflexion noch gar der Auseinandersetzung ist? Stimmen wir dem zu, bloß weil es das gibt?

Wenn wir über Kosmopolitismus sprechen, ohne über den Kosmopolitismus des Konsums zu reden, produzieren wir das falsche Bewusstsein, dass die Kultur der damit verbundenen Entdifferenzierung auf wundersame Weise enthoben sei. Und in diesem Zusammenhang muss man auch über die Vereinzelung derjenigen sprechen, die bei dem Spiel nicht mitmachen können. Denn wir sehen hier etwas Neues: nämlich nicht die hergebrachten kulturellen Differenzen im Sinn von Bourdieus feinen Unterschieden, sondern die ganz handfesten sozialen Differenzen, die dafür sorgen, ob man an diesem kosmopolitischen Spiel teilhaben kann oder eben nicht. Die Idee der liberalen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft ist das genaue Gegenteil davon, dass nur teilhaben darf, wer materiell mitspielen kann.

Shared Economy ist ein großes neues Schlagwort, und die Leute hören immer *shared*, dabei ist es *economy*. Es ist die finale Vermarktlichung von sozialen Beziehungen, die da stattfindet: bei Airbnb, bei Uber und bei allen Unternehmen des Plattformkapitalismus. Der moderne Sozialstaat hatte Institutionen hervorgebracht, die Partizipation gerade auch für die ermöglicht haben, die weniger oder gar kein Geld hatten: die öffentliche Leihbibliothek, das Schwimmbad, Sportstätten, Parks, die Volkshochschule usw. All diese Institutionen, die heute in der öffentlichen Wahrnehmung ganz niedrig bewertet werden, sind exakt das, was gesellschaftliche Teilhabe stiftet. Und wenn wir uns

darüber unterhalten, dass sich Menschen angeblich abgehängt fühlen, dann hat das natürlich auch sehr viel damit zu tun, dass diese zivilisatorischen Errungenschaften – so groß möchte ich das bezeichnen – systematisch vernachlässigt und in der Kommunikation auch als irgendetwas Lächerliches behandelt werden; als etwas, das gar nicht mehr in die Zeit passt und das man vergessen kann.

Dabei haben viele von Ihnen, da bin ich sicher, die eigene kulturelle Sozialisation genau solchen Institutionen zu verdanken wie der Leihbibliothek, wie sogar der kleinen, die es in dem Örtchen gegeben hat, in dem ich groß geworden und zur Schule gegangen bin. Und wo ich gerade beim Lokalen bin: Hören wir bitte auf, lokale Bindungen und Prägungen für unwichtig und gestrig zu halten. Menschen brauchen Heimat. Heimat ist nach meiner Definition dort, wo es nicht egal ist, ob es mich gibt. Es gibt natürlich Personengruppen, die sind in der Lage, ihre eigene soziale Identität ortlos zu realisieren, weil sie zu den Spitzen der Gesellschaft zählen. Daher war gestern die Rede von den frequent flyers, man könnte auch ergänzen: die frequent SUV-Fahrer, die frequent Lebenszeitprofessoren.

Aber es besteht die Gefahr, dass andere diesem frequent Lebensstil, der im Übrigen ökologisch unhaltbar ist, nicht folgen und ihre Verankerung in der Gesellschaft nicht mehr finden können. Ich glaube, es ist eine kulturpolitische Aufgabe allerersten Ranges, mehr analoge Situationen zu schaffen, als es gegenwärtig der Fall ist. Oliver Scheytt ist ja hier: Die A40-Tafel zur Kulturhauptstadt in Essen war solch ein Vergemeinschaftungsereignis. Wer daran teilgenommen hat, der kann sich lange daran erinnern und sagt »Wow. Wir waren mal auf der Autobahn und haben dort gegessen und haben eine andere Gebrauchsform unserer Welt entwickelt.« So etwas muss es regelmäßig geben, damit man weiß, zu welchem gesellschaftlichen Projekt man gehört.

Nun noch ein Wort zu dem, was mich immer etwas wütend macht: dass nämlich oft so argumentiert wird, als gäbe es bestimmte Menschen, die ein Identitätsbedürfnis haben, und andere anscheinend nicht. Die anderen sind dann die, die das nicht brauchen, weil sie unglaublich klug und kosmopolitisch und frequent in jeder Hinsicht sind. Das ist – und ich spreche jetzt als Sozialpsychologe – eine grundfalsche Vorstellung. Um als Subjekt agieren zu können und um auch als politisches Subjekt handlungsfähig sein zu können, brauche ich eine Verankerung in dem kulturellen und sozialen Zusammenhang, zu dem ich gehören möchte. Diffuse kosmopolitische Identitäten führen nie dazu, dass es ein politisches Subjekt gibt, das den Wunsch hat, die eigene Wirklichkeit, die eigene Gesellschaft, meinetwegen auch die eigene Welt, gestalten zu wollen. Wenn ich nirgendwo hingehöre, fühle ich mich auch nicht dazu verpflichtet, zu

irgendetwas beizutragen. Noch einmal: Auch das Grundgesetz, vor allem das gelebte Grundgesetz, basiert auf Voraussetzungen, die in ihm nicht formuliert sind. Und diese Voraussetzung ist gesellschaftlicher Zusammenhalt und dieser Zusammenhalt bedeutet, dass jedes Mitglied dieser Gesellschaft das Gefühl hat, dass das, woran es teilhat, dasselbe ist, an dem auch andere teilhaben.

Uns ist die Zukunft abhanden gekommen

Und wenn man sich darüber echauffert, dass Menschen sich für das Falsche interessieren, sollte man immer die Frage stellen: Was haben wir denn eigentlich zu bieten? Als Akteur in Nachhaltigkeitsfragen laufe ich regelmäßig gegen die Wand, wenn ich Kollegen und Kolleginnen, aus der Wissenschaft bitte, Zukunftsbilder zu entwickeln. Wir brauchen Zukunftsbilder, weil wir ein sehr entwicklungsfähiges zivilisatorisches Projekt haben und bewohnen: die offene Gesellschaft. Offen bedeutet ja auch: zur Zukunft hin offen. Aber nennen sie mir mal eine bedeutende Publikation der letzten Jahre oder einen bedeutenden Film oder eine bedeutende philosophische Tagung, die sich der Frage gewidmet hätten: »Wie entwickeln wir unser zivilisatorisches Projekt weiter?« Dass es das nicht gibt, hat etwas mit unserem gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand zu tun, dem die Zukunft sehr stark abhanden gekommen scheint.

Deshalb fand ich es lustig, dass Sigmar Gabriel gestern vergleichsweise lange über diesen Schwachsinn mit dem Berliner Stadtschloss geredet hat. Ich stelle mir immer den Historiker des Jahres 2500 vor, der rekonstruiert, wie die Leute hier am Anfang des 21. Jahrhunderts getickt haben. Und vieles gelingt zu rekonstruieren, Sozialversicherung, Konfliktlösung, Bildungssystem zum Beispiel. Aber dann kommt die Frage: »Warum haben die im 21. Jahrhundert Schlösser gebaut. Häh? Warum vergegenständlicht sich moderne Demokratie im Absolutismus? Was soll das denn?«

Die einzige Erklärung dafür ist: vollständige Fantasiefreiheit in Bezug auf Zukunft. Man weiß nicht, wo man hin will. Dieser Aspekt ist nicht trivial, denn wenn man keine Zukunftsbilder zu bieten hat, kann man auch nicht erwarten, dass sich andere Menschen in das gesellschaftliche Projekt einschreiben. Ich glaube, dies ist eine kulturpolitische Aufgabe par excellence, in die man viel Mühe investieren muss: mal bitteschön wieder sich die Mühe zu machen, darüber nachzudenken und es auch zu formulieren und in Veranstaltungsformaten zu realisieren, dass es doch eine Zukunft für diese Form von Gesellschaft geben sollte. Denn eine bessere gab es noch nie. Wir haben aus vielen Gründen eine Situation, in der das gemütliche so Weitermachen wie immer nicht mehr geht. Das bedeutet, dass man eine Haltung zu entwickeln und sich selber als politisches Subjekt ernst zu nehmen hat, wenn man kulturpolitisch sinnhafte Dinge tun möchte. ■